



# **Die Freie Hansestadt Bremen**

**R e g i e r u n g s e r k l ä r u n g d e s  
P r ä s i d e n t e n d e s S e n a t s ,  
B ü r g e r m e i s t e r D r . C a r s t e n S i e l i n g ,  
a b g e g e b e n v o r d e r  
B r e m i s c h e n B ü r g e r s c h a f t  
a m 1 4 . J u n i 2 0 1 7**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Wachsende Städte, starkes Land, gute Perspektive.**

**Bremens Zukunft gemeinsam gestalten!**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

am 1. Juni sind hier auf dem Bremer Marktplatz mehr als 3000 Menschen  
zusammengekommen, um gemeinsam zu singen.

Bremen so frei – das war das Motto dieses Tages. Anlass für das „Fest in 11 Liedern“ war  
die Wiedergründung unseres Stadtstaates vor 70 Jahren. Gleichzeitig war der 1. Juni der  
371. Jahrestag des Linzer Diploms.

Während hier in Bremen die Selbstständigkeit unseres Bundeslandes besungen wurde, hat  
in Berlin der Bundestag eine Entscheidung getroffen, die zu diesem Tag für Bremen nicht  
besser hätte passen können.

Mit ihrer Entscheidung zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen haben die  
Abgeordneten des Bundestages an diesem 1. Juni im wörtlichen Sinne den Weg frei  
gemacht.

Nicht nur für die weitere Selbstständigkeit unseres Bundeslandes, sondern auch für die  
Wiedergewinnung wirklich eigenständigen Handelns in unserem Zwei-Städte-Staat.

Die Zustimmung des Bundestages und die am nächsten Tag erfolgte endgültige Beschlussfassung durch den Bundesrat ist ein Grund zur Freude, vor allem aber des Dankes an alle, die sehr lange und sehr zielstrebig auf diesen Tag hingearbeitet haben.

Das ist ein Dank an die Vielen in der Verwaltung, aber ausdrücklich auch an die politisch Verantwortlichen und damit vor allem auch an das gewählte Parlament, an Sie.

Meine Damen und Herren,

so abstrakt die Tatsache auch heute noch sein mag, dass unser Bundesland ab 2020 mindestens 487 Millionen Euro jährlich zusätzlich vom Bund und den Ländern erhalten wird. Die Wirkungen ab 2020 werden dann sehr konkret spürbar sein.

Damit ist es vor allem eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven, von denen Sie, die Abgeordneten und letztlich auch wir im Senat gewählt und damit beauftragt worden sind.

Die jetzt endgültig beschlossene Neuregelung der Finanzbeziehungen sichert die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall in Deutschland. Sie schafft Planungssicherheit gerade für unsere Strategie der Nachhaltigkeit in unseren wachsenden Städten. Und sie wird maßgeblich zur Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land beitragen.

Meine Damen und Herren,

es wird auf Bundesebene und in den anderen Bundesländern anerkannt, dass und wie wir den Weg der Konsolidierung bislang gemeistert haben.

Bremen hat seit 2011 die Vereinbarung mit dem Stabilitätsrat erfüllt. Jahr für Jahr.

Auf diesem Fundament gründet sich Bremens Ruf als Partner, der Verträge einhält. Als Land mit einer verlässlichen Haushaltspolitik, das verantwortungsbewusst mit den knappen zur Verfügung stehenden Mitteln umgeht.

Dazu haben auch Sie, das Parlament, beigetragen und wir können stolz darauf sein, was die hier lebenden und arbeitenden Menschen, die in Bremen und Bremerhaven ansässigen Unternehmen, was wir alle hier gemeinsam erreicht haben.

Bund und Länder haben das durch ihre Zustimmung zu den besonderen Hilfen ausdrücklich anerkannt.

Weil wir auch in dem herausfordernden Jahr 2016 erfolgreich waren, ist davon auszugehen, dass der Stabilitätsrat uns in der nächsten Woche zum sechsten Mal in Folge die 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfe zusprechen wird.

Dank guter Rahmenbedingungen, zu denen eine positive wirtschaftliche Entwicklung, hohe Steuereinnahmen und niedrige Zinssätze gehören, und dank der Bremer Eigenanstrengungen.

Die Konsolidierungsmaßnahmen entlasten den Haushalt allein in 2016 um 421 Millionen Euro.

Beigetragen haben hierzu unter anderem die Umstellung der Wirtschaftsförderung von Zuschüssen auf Darlehensbasis, die Einführung zahlreicher IT-Verfahren, die einen schnelleren und effizienteren Bürgerservice ermöglichen sowie verschiedene Maßnahmen zur Einnahmesteigerung.

Zur Einhaltung des Sanierungspfades bis 2020 sind allerdings noch weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung notwendig.

Der Stabilitätsrat erwartet hierzu im Oktober dieses Jahres konkrete neue Projekte.

Meine Damen und Herren,

diese Legislaturperiode ist die Periode des Umbruchs. Die Haushalte der Jahre 2018 und 2019 werden die letzten sein, die unter den herkömmlichen Sanierungsbedingungen aufgestellt werden müssen.

Die Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre waren eine Grundvoraussetzung dafür, dass wir das für Bremen sehr gute Ergebnis bei den Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen erreichen konnten.

Unabweisbar ist aber auch, dass der Konsolidierungskurs der letzten Jahre deutliche Spuren hinterlassen hat.

Er hat dazu geführt,

- dass einige Bereiche der öffentlichen Verwaltung an der Grenze der Belastbarkeit arbeiten,
- dass wir - wie sehr viele Kommunen Deutschlands – einen unübersehbaren Nachholbedarf haben, was Investitionen in die öffentliche Infrastruktur betrifft

und

- dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern und vor allem anderen Großstädten mittlerweile in einigen Bereichen eine schlechtere Ausstattung haben, die den Zusammenhalt herausfordern und notwendige Zukunftentscheidungen und vor allem Investitionen verzögern.

In dieser Periode des Umbruchs konzentrieren wir uns deshalb darauf, gezielt gegenzusteuern vor allem dort, wo die Nebenfolgen der Sanierung einerseits und die Auswirkungen des an sich ja überaus positiven Wachstums unserer beiden Städte andererseits die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens bedrohen.

Als im letzten Sommer deutlich wurde, dass ein weiteres, punktuelles Nachsteuern beim Bürgerservice keine dauerhafte Verbesserung bringen wird - und zwar weder für die Bürgerinnen und Bürger noch für die Beschäftigten – haben wir das Stadtamt neu aufgestellt.

Als deutlich wurde, dass die Prognosen über die benötigten Kita- und Schulplätze von der Realität in rasanter Geschwindigkeit überholt wurden, haben wir einen massiven Ausbau der Kindertagesbetreuung auf den Weg gebracht und die Schulplanung neu ausgerichtet.

Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 stellen wir nun Schwerpunktmittel zur Verfügung, mit denen wir gerade auch die sehr angespannte Situation in der frühkindlichen Bildung und im Schulbereich verbessern wollen.

Wir wissen, vor welch großen Herausforderungen die Lehrkräfte gerade in den Schulen in schwieriger Lage jeden Tag stehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich meine Anerkennung und meinen Dank aussprechen für die ganz außerordentliche Leistung, die in den Kindertagesstätten und in den Schulen von den Erzieherinnen und Erziehern, von den Lehrerinnen und Lehrern, von den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern vollbracht wird. Vielen Dank dafür.

Meine Damen und Herren,

deutlich spürbar sind die Folgen des rasanten Bevölkerungszuwachses natürlich auf dem Wohnungsmarkt.

Der Senat hat das generelle Ausbauziel von 1.400 Wohneinheiten um zusätzliche 2.000 Wohneinheiten erhöht. Und auch erreicht!

Und natürlich haben wir auf die neue Sicherheitslage reagiert. Eine bessere Ausstattung der Polizeien im Lande Bremen, die Erhöhung der Zielzahl, eine Polizeireform und ein umfangreiches sicherheits-politisches Konzept sind die Antworten des Senats.

Meine Damen und Herren,

auch wenn wir in den vergangenen Monaten einige Unternehmensentscheidungen zur Kenntnis nehmen mussten, die uns nicht gefallen können – ob die der Genting-Group, die

Lloyd-Werft in Bremerhaven betreffend oder die Entscheidung von Kelloggs hier bei uns in Bremen den Standort aufzugeben – die bremische Wirtschaft ist in guter Verfassung.

Unser Wirtschaftsstandort ist stark, er wächst. Allein im letzten Jahr sind bei uns 8.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden.

Um die wirtschaftlichen Erfolge für die Zukunft abzusichern, machen wir

- eine vorausschauende und bedarfsgerechte Flächenentwicklungs politik für Gewerbe, Wohnen und Erholung,
- eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik, die auch die Zukunftsthemen Digitalisierung und Industrie 4.0 in den Blick nimmt,
- einen Arbeitsmarkt, der Angebote auch für Hoch- und Geringqualifizierte bereithält.

Wir wissen, dass wir eine nach wie vor zu hohe Langzeit-Arbeitslosigkeit haben und viele junge Menschen zu lange einen Ausbildungsplatz suchen.

Bremen hat deshalb eine Jugendberufsagentur ins Leben gerufen, eine Ausbildungsgarantie auf den Weg gebracht und mit LAZLO seit Jahren wieder ein Arbeitsmarktprogramm aufgelegt, das 500 Langzeitarbeitslosen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz bieten soll.

Meine Damen und Herren,

unser Bundesland befindet sich im Umbruch. Umbrüche sind immer auch mit Unsicherheiten verbunden. Aber eben auch mit neuen Perspektiven.

Wir wollen die Veränderungen als Chance begreifen und die Möglichkeiten, die sich uns bieten, für unsere beiden Städte und die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich nutzen.

Dafür müssen wir vorausschauend planen und nachhaltig in allen Politikbereichen handeln.

Bei jeder Entscheidung gilt es zu beachten: was bewirke ich damit jetzt und welche Auswirkungen hat es in der Zukunft? Als Küstenland wissen wir: Was wir jetzt beim Umweltschutz versäumen, wird später beim Deichschutz teuer bezahlt.

Meine Damen und Herren,

Sie wissen aus meiner letzten Regierungserklärung: die Verwendung der Sanierungshilfen in Höhe von jährlich 400 Millionen wird ab 2020 einem Dreiklang folgen.

So ist es im Grundgesetz festgehalten und mit den anderen Ländern und dem Bund vereinbart.

Wir werden sie einsetzen, um

1. ab 2020 die Schuldenbremse einhalten zu können,
2. den Schuldenabbau zu beginnen und
3. die Wirtschafts- und Finanzkraft unseres Landes zu stärken.

Ich will es direkt vorweg schicken: Was ich hierzu in den letzten Wochen aus den Reihen der Opposition gehört habe, das hat mich nicht überzeugt.

Während DIE LINKE in dem Ergebnis zwar einen Schritt in die richtige Richtung ausmacht, fordert sie im gleichen Atemzug, der Senat müsse nun umgehend alle Anstrengungen zur Konsolidierung der Finanzen einstellen.

Für die FDP wiederum ist die Neuregelung der Finanzbeziehungen ein „fauler Kompromiss“. Sie wirft dem Senat „Ausgabenexzesse“ vor, um dann mit einer Vielzahl von Forderungen 300 Millionen Euro mit der Gießkanne über dem Land auszuschütten.

Die CDU erklärt schließlich – in völliger Verkennung unserer Lage, gerade auch im Vergleich zu anderen Ländern – die gesamten 400 Millionen Euro müssten in die Schuldentlastung

gesteckt werden. Und während der Fraktionsvorsitzende dies der Öffentlichkeit präsentiert, fordern die Fachpolitiker seiner Fraktion in diversen Bereichen Mehrausgaben in Millionenhöhe.

Meine Damen und Herren der Opposition, so kann es nicht funktionieren!

Weder 100 Prozent Schuldentilgung, noch eine 100-prozentige Verausgabung der Mittel, noch eine Investitionspolitik mit der Gießkanne ist gut für unser Land.

Der Senat hält eine solche Politik der Extreme für nicht tragfähig. Sie schadet – aus welcher Richtung sie auch immer kommt – unserem Land und seinen Städten Bremen und Bremerhaven.

Wir wollen eine breit getragene Verständigung darüber, auf welche Weise wir ab dem Jahr 2020 den Weg der Stärkung des Zusammenhalts, des konsequenten Schuldenabbaus und des gezielten Wachstums gehen.

Notwendig ist ein gemeinsamer Plan für Bremens Zukunft ab dem Jahr 2020. Jetzt, nachdem Bundestag und Bundesrat beschlossen haben und Verlässlichkeit gegeben ist, jetzt ist die Zeit reif dafür.

Deswegen habe ich dem Senat gemeinsam mit Bürgermeisterin Linnert, einen Vorschlag unterbreitet, um zusammen mit dem Magistrat sowie wichtigen gesellschaftlichen Akteuren und unter Einbeziehung externer Experten die Eckpunkte und Grundlagen für ein **Zukunftsprogramm für unser Land** zu erarbeiten.

Diesen Vorschlag hat der Senat gestern beschlossen und die Einrichtung der **Kommission „Zukunft Bremen“** auf den Weg gebracht.

Die Ziele sind klar: Neben dem Einstieg in den Schuldenabbau, gilt es den Zusammenhalt zu sichern sowie die Wirtschafts- und Finanzkraft zu stärken.

Dafür brauchen wir leistungsfähige wirtschaftliche Infrastrukturen, eine nachhaltige, ökologische, familienfreundliche und soziale Stadtentwicklung sowie qualifizierte Fachkräfte und gut ausgebildete junge Menschen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich diese Bereiche im Einzelnen kurz skizzieren:

Erstens: eine **leistungsfähige Infrastruktur** ist die Basis für die Entwicklung insgesamt. Ohne eine funktionierende Infrastruktur können weitergehende Wachstumsstrategien nicht erfolgreich sein.

Wir werden uns deshalb sehr intensiv damit auseinandersetzen, wie wir Verkehrswege und Gewerbegebiete, öffentlichen Nahverkehr und Elektromobilität, aber natürlich auch die digitale Infrastruktur unseres Landes gezielt weiterentwickeln.

Dabei kommt auch dem Wissenschaftsbereich mit seiner Bedeutung für die Innovationsfähigkeit unseres Landes und qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten eine besondere Rolle zu.

Wir werden zudem diskutieren, wie wir unsere bestehenden Infrastrukturen auch an die sich verändernden Bedürfnisse der Menschen und der Wirtschaft anzupassen haben.

Der zweite wichtige Bereich, der für eine gute Zukunftsentwicklung von Bedeutung ist, ist die **Attraktivität und Lebensqualität unserer Städte**.

Die positive Einwohnerentwicklung der letzten Jahre ist für das wirtschaftliche Wachstum wie für die finanzielle Perspektive des Landes sehr wichtig.

Wir werden klären, wie wir nachhaltig ein ausreichendes Wohnraumangebot für alle schaffen und eine dem Bevölkerungswachstum qualitativ wie quantitativ entsprechende, gute soziale Infrastruktur entwickeln.

Dabei ist es dem Senat wichtig, dass alle Menschen, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Beeinträchtigungen in unseren Städten am Leben teilhaben können.

Eine wichtige Frage wird in diesem Zusammenhang zudem sein, wie wir die nach wie vor erhebliche Armut in unseren beiden Städten wirksamer bekämpfen können.

Wir müssen darüber hinaus die Quartiere und Nachbarschaften weiter entwickeln. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der Integration der zu uns geflüchteten Menschen, die vor allem vor Ort erfolgt und gestaltet wird.

Das dritte ganz wesentliche Zukunftsfeld sieht der Senat im Bereich der **Qualifizierung als entscheidende Ressource unseres Landes**.

Bremen und Bremerhaven haben einen sehr guten Ruf in der wissenschaftlichen und der beruflichen Bildung und Ausbildung.

Und auch in der frühkindlichen und schulischen Ausbildung wird der Senat weitere Anstrengungen unternehmen, um die Situation in diesen beiden wichtigen Bereichen zu verbessern.

Denn eine gute Bildung und Ausbildung ist zugleich der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und Aufstieg, für die Bekämpfung der Armut und wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Unternehmen.

Wir werden in diesem Zusammenhang sehr intensiv darüber beraten, wie wir ein durchgängiges und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot weiterentwickeln, das in der Krippe beginnt und sich über Grundschule und weiterführende Schulen bis hin zur beruflichen und universitären Bildung erstreckt.

Meine Damen und Herren,

damit sind die zentralen Aufgaben der Zukunftskommission in der hier gebotenen Kürze beschrieben.

Der Kommission werden alle Senatsmitglieder sowie der Oberbürgermeister von Bremerhaven angehören. Ich selbst werde als Präsident des Senats den Vorsitz übernehmen.

Der Kommission sind **drei Perspektivgruppen** zu den eben genannten zentralen Bereichen sowie eine ressortübergreifende Steuerungsrunde für den Gesamtprozess zugeordnet.

Entscheidend ist für uns, nicht „im eigenen Saft zu schmoren“, sondern über einen „**Zukunftsrat**“ eine enge Einbindung gesellschaftlicher Akteure und externer Expertinnen und Experten sicherstellen.

Dabei beziehen wir die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die Hochschulen, Umwelt- und Wohlfahrtsverbände sowie weitere relevanten Akteure der Zivilgesellschaft mit ein.

Und selbstverständlich sind auch Sie herzlich eingeladen, sich in den Prozess in geeigneter Weise einzubringen.

Kommission und Zukunftsrat sollen nach den Sommerferien ihre Arbeit aufnehmen, das ist auch angesichts des engen Zeitplans geboten.

Meine Damen und Herren,

mit der neuen Sanierungshilfe ab 2020 haben wir die Möglichkeit, die Schuldenbremse einzuhalten, in die Schuldentilgung einzusteigen sowie gezielte Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes vorzunehmen.

Bis dahin liegt aber noch eine Wegstrecke vor uns, die Anstrengungen zur Konsolidierung unserer Haushalte müssen fortgeführt werden.

Auch in den nächsten zwei Jahren werden deshalb noch erhebliche Anstrengungen notwendig sein. Das wird schwierig, gleichzeitig müssen und werden wir zusätzliche Herausforderungen wie in der Kindertages-betreuung und im Schulbereich bewältigen.

Das wird auch für die Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019 eine besondere Herausforderung, die Sie hier in der Bürgerschaft in diesem Jahr noch intensiv beschäftigen wird.

Meine Damen und Herren,

Ich bin sicher, dass sich die Anstrengungen, die wir für die Zukunftssicherung unseres Landes noch unternehmen müssen, auszahlen werden und hoffe dabei auf die Unterstützung dieses Hauses.

Eingangs habe ich das Linzer Diplom angesprochen, das ja eine ganz entscheidende Bedeutung für die Selbständigkeit Bremens besitzt.

In dem Lied, das hier am 1. Juni auf dem Marktplatz gesungen wurde, heißt es: „Und so wurde hart verhandelt, stets die Freiheit im Visier“.

Das passt schon recht gut zur erreichten Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

Die „Freiheit Bremens stets im Visier zu haben“ wird aber auch die Leitlinie für die vor uns liegenden Beratungen der Zukunftskommission sein.

In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Arbeit für unseren Zwei-Städte-Staat und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!